



## Petr Pavel: das neue Gesicht in der tschechischen Politik

---

*Vít Hloušek*

- Die Analyse fokussiert sich auf die dritte Direktwahl des tschechischen Staatsoberhauptes im Januar 2023.
- Bei der Präsidentschaftswahl gab es eine hohe Wahlbeteiligung (über 70 %) und der Sieger erhielt die meisten Stimmen in der Geschichte.
- Der neugewählte Präsident Petr Pavel erklärte, dass er das Präsidentenamt zivilisieren und bürgernah gestalten wolle.
- Mit seiner Aktivität und seinen Ansichten hat Petr Pavel eindeutig die langfristigen Prioritäten der tschechischen Außenpolitik, die sich auf eine aktive Mitgliedschaft in der NATO und eine nicht angezweifelte Mitgliedschaft in der EU stützt, bestätigt.
- Der tschechischen Verfassung nach ist das Präsidentenamt nicht gerade mit vielen Machtbefugnissen ausgestattet. Die Wirklichkeit ist etwas komplizierter.
- In der Präsidentschaftswahl haben 2 parteipolitische Kandidaten angetreten. Die übrigen Kandidaten waren unparteiisch. Manche konnten politische Erfahrungen vorweisen, andere wiederum keine.
- Mit dem amtierenden Präsidenten Miloš Zeman scheidet der letzte große Politiker, den die Samtene Revolution im November 1989 hervorgebracht hat.

## Einleitung

Der jüngst stattgefundenen dritte Urnengang, bei dem das tschechische Staatsoberhaupt per Direktwahl von den Bürgern gewählt wurde, hat einige interessante Momente gebracht. Die Wahlbeteiligung im ersten (68,24 %) und zweiten Wahlgang (70,25 %) war die höchste seit Ende der Neunziger Jahre, wobei Petr Pavel, der Sieger des zweiten Wahlgangs, 3 359 000 Stimmen für sich gewinnen konnte und seinen Konkurrenten Andrej Babiš im Verhältnis 58,3 % zu 41,7 % besiegte und dadurch symbolisch ein äußerst starkes Mandat errang. Der Wahlkampf wiederum war zwar vor der ersten Runde relativ eintönig, hat sich vor der zweiten Runde hingegen emotional enorm verschärft. In dem Maße, dass beide Kandidaten nach einer Serie von Bedrohungen und Falschinformationen zur Beruhigung aufriefen. Aufgrund der Ergebnisse von Meinungsumfragen stand bereits lange im Voraus fest, dass niemand in der ersten Runde den Sieg davontragen würde und dass nur drei Kandidaten eine Chance hätten, die zweite Runde zu erreichen: der Vorsitzende der Bewegung ANO (Renew) Andrej Babiš, der General a. D. Petr Pavel und die ehemalige Rektorin der Mendel-Universität in Brunn Danuše Nerudová.

Nerudová war im Rahmen des Wahlkampfes aktiv, und es ist ihr Verdienst, eine Vielzahl junger Wähler an die Wahlurnen gelockt zu haben. Ihr Wahlkampf, der in der Praxis hauptsächlich darauf gründete, dass sie keine kommunistische Vergangenheit hat und eine weibliche Kandidatin ist, war dynamisch, aber ohne klaren politischen Inhalt. Weder Nerudová noch ihrem Team ist es gelungen, für diverse Probleme der Mendel-Universität, die bereits während ihrer Amtszeit als Rektorin aufgetreten sind und die erst im Laufe des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit bekannt wurden, eine zufriedenstellende Erklärung zu finden.

## Langfristiges Versagen der Parteien

Außer Babiš war lediglich ein weiterer parteiischer Kandidat zur Wahl angetreten: Jaroslav Bašta, der von der rechtsextremen Partei „Svoboda a přímá demokracie“ (SPD/ID, dt. Freiheit und direkte Demokratie) nominiert worden war. Dieser erlangte nur 4,45 % der Stimmen, also nicht einmal die Hälfte des Anteils, den die SPD bei Wahlen erwarten könnte. Die übrigen Kandidaten waren unparteiisch. Manche konnten politische Erfahrungen vorweisen (die Senatoren Pavel Fischer und Marek Hilšer), andere wiederum keine (der Unternehmer Karel Diviš sowie der ehemalige Rektor der Karls-Universität Tomáš Zima). Für eine Überraschung sorgte die äußerst schwache Leistung des Vorsitzenden des Tschechischen Gewerkschaftsbundes Josef Středula, der seine Wahlkandidatur letzten Endes vor der ersten Runde zurückgezogen hatte.

Die Kandidaten wurde somit nur von den Oppositionsparteien nominiert, während die Parteien der Regierungskoalition sich damit begnügten, folgenden drei Kandidaten ihre allgemeine Unterstützung auszusprechen: Petr Pavel, Danuše Nerudová und Pavel Fischer. Dies lässt sich als taktisches Manöver deuten. Eine Koalition aus fünf Parteien mit zum Teil divergierenden Ansichten zu einer Reihe von Fragen, sodass das Bestreben, sich auf eine von der Regierung unterstützte Person zu einigen, zum Scheitern verurteilt war. Im Grunde genommen kann man froh sein, dass die einzelnen Parteien nicht auf Biegen und Brechen versucht haben, einen eigenen Kandidaten zu unterstützen und somit keinen überflüssigen Streit in der ohnehin schon komplizierten Koalitionsstruktur verursacht haben. Dies kann man auch als taktische Dimension sehen, die auf lange Sicht zeigt, dass in der Öffentlichkeit keine Nachfrage nach wirklich parteiischen Kandidaten der etablierten Parteien besteht. Die Ergebnisse der parteiischen Kandidaten aus den Jahren 2013 und 2018 sind ein klarer Beweis dafür.

Diese taktische Überlegungsweise kann aber kaum eines der langfristigen Probleme der tschechischen Politik verbergen, nämlich das geringe Vertrauen der Bürger in die politischen Parteien. Dieser werden als bürgerfremd wahrgenommen, als jemand, der sich nur um seine partiellen Interessen kümmert und

nicht als Instrument einer aktiven Partizipation der Bürger an der Politik in Betracht gezogen wird. Den Parteien gelingt es auf lange Sicht nicht, die Funktion eines Instruments der politischen Sozialisation und Mobilisation zu erfüllen; einigermaßen zuverlässig erfüllen sie somit nur die Funktion der Entwicklung einer politischen Programmatik. Noch vor zehn Jahren hätte man trotz des Triumphs, den Miloš Zeman letzten Endes bei den Präsidentschaftswahlen feierte, noch sagen können, dass sie recht erfolgreich im Rekrutieren von politischem Personal sind, doch auch dies gilt mittlerweile für viele Ebenen der tschechischen Politik nicht mehr. Kommunalpolitik und Präsidentschaftswahlen sind fest in den Händen unparteiischer Kandidatinnen und Kandidaten, was auf lange Sicht zu einer Vertiefung des Grabens zwischen den Parteien und der Öffentlichkeit führen wird. In Anbetracht des hohen symbolischen Werts, den das Amt des Präsidenten für die meisten Bürger Tschechiens besitzt, ist ein Mangel an erfolgreichen parteiischen Kandidaten (von Erfolg lässt sich in diesem Sinne nur bei Babiš sprechen) ein weiteres Warnzeichen. Die tschechischen Parteien, besonders jene, die sich gerne als traditionell bezeichnen (ODS/ECR bzw. KDU-ČSL/EPP), sollte dieser unselige Trend zu denken geben und sie sollten versuchen, ihn umzukehren.

## Der tschechische Präsident: Image und Realität des Amtes

Der tschechischen Verfassung nach ist das Präsidentenamt nicht gerade mit vielen Machtbefugnissen ausgestattet. Die entscheidende exekutive Institution bleibt die Regierung. Die Zuständigkeiten des Präsidenten, die nicht durch eine Gegenzeichnung mit der Regierung verknüpft sind, spielen sich vielmehr auf repräsentativer Basis und einigen Handlungen ab, die eher administrativer Natur sind (wie etwa die formale Ernennung von Professoren, die in Wirklichkeit lediglich offiziell bestätigt, was der wissenschaftliche Rat jener Hochschule, die die Professur erteilt, beschlossen hat). Die Wirklichkeit ist etwas komplizierter, da das Präsidentenamt schon seit der Zwischenkriegszeit und des ersten Präsidenten der Tschechoslowakei Tomáš Garrigue Masaryk in den Augen der Öffentlichkeit mit einer Art Glorienschein versehen ist und über der normalen Politik steht, was nahezu als moralische Instanz wirken kann und soll, und nicht nur Autorität, sondern auch reale Macht besitzt, die über den nüchternen Text der verfassungsrechtlichen Definition des Präsidentenamts hinausgeht. Interessanterweise hat sich diese Tradition gehalten – trotz der Tatsache, dass es nach Masaryk bis zum Niedergang des kommunistischen Regimes im Jahr 1989 keinen Präsidenten gegeben hat, der symbolisch ähnlich positiv wahrgenommen worden wäre (von der kurzen Amtszeit Ludvík Svobodas in der Zeit des Prager Frühlings abgesehen).

Václav Havel ist es mit seiner aktiven bis aktivistischen Auslegung des Präsidentenamts gelungen, an die Masaryksche Tradition anzuknüpfen. Und bei allem Respekt vor dem, was Havel geleistet hat – mit dem Stil, mit dem er besonders in der zweiten Amtsperiode an die von der Verfassung gezogenen Grenzen ging, hat er seinen Nachfolgern den Weg für ein ähnliches Verhalten bereitet. Die erste Amtsperiode von Václav Klaus (2003–2008) spielte sich mehr oder minder noch innerhalb der Verfassungsgrenzen ab. In seiner zweiten Amtsperiode hingegen begann Klaus einige Ernennungszuständigkeiten und das Maß an Diskretion des Präsidenten in diesem Rahmen extensiv auszulegen und übte äußerst aktiv, doch leider in eine negative, euroskeptische Richtung, Einfluss auf die tschechische Europapolitik aus.

Miloš Zeman hielt nach Amtsantritt 2013 mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg, dass eine aus einer Direktwahl geschöpfte Legitimität stärker sei und er daher seine Machtbefugnisse noch mehr über die von der Verfassung gesetzten Grenzen hinaus ausweiten könne. Er nutzte sogleich die erste große politische Krise seiner Präsidentschaft – den Sturz der Regierung von Petr Nečas (ODS/ECR) –, und versuchte den Parteien zum Trotz eine Beamtenregierung nach seinen Vorstellungen durchzusetzen. Von da an sollte er sich zwar nie mehr so stark dem Geist der tschechischen Verfassung widersetzen, war aber immer wieder bemüht, durch Kaderung von Kandidaten für Ministerposten oder seine Weigerung, Minister zu ernennen oder abzurufen, in die personelle Zusammensetzung der Regierung einzugreifen. Zudem richtete er mit seinem prorussischen und prochinesischen Kurs Schaden in der tschechischen Außenpolitik an. Den größten Schaden in der politischen Kultur Tschechiens verursachte er jedoch durch

seinen Populismus und das Aufgreifen von Themen, die eher typisch für rechtsextreme Formationen sind.

## Petr Pavel und die Innenpolitik

Der neue tschechische Präsident steht also vor der Aufgabe, dem Präsidentenamt wieder Würde zu verleihen und die Funktion des Staatsoberhauptes so aufzufassen, dass sie der von der Verfassung gegebenen Bestimmung des tschechischen politischen Systems als parlamentarische Demokratie entspricht. Allem Anschein nach bringt Petr Pavel für beides die Voraussetzungen mit. Gleich nach seinem Sieg erklärte er, dass er das Amt zivilisieren und bürgernah gestalten wolle. Er verkündete auch, dass er sich mit den führenden Vertretern weiterer bedeutender politischer Institutionen treffen wolle, und er hat Miloš Zeman um Zurückhaltung in Sachen Ernennung eines neuen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts gebeten. Das Mandat des derzeitigen Vorsitzenden Pavel Rychetský läuft nämlich erst im Sommer 2023 aus. Demnach sollte die Ernennung seines Nachfolgers erst auf der Agenda des neuen Präsidenten stehen.

Die Frage ist natürlich, ob Miloš Zeman diesem Appell Gehör schenken wird. Die weitere Frage ist, ob der positive Eindruck, den Petr Pavel im Hinblick auf eine verfassungskonforme Ausübung des Präsidentenamtes hinterlassen hat, berechtigt ist oder nicht. Ein Problem ist auch die unpolitische Vergangenheit des Kandidaten, der Berufssoldat und Militärattaché in einer hohen Funktion in Tschechien und in der NATO war und sich vor seiner Kandidatur für das Präsidentenamt nicht am politischen Leben beteiligte. Gewiss konnte er während seines Wirkens als Militärattaché praktische Kenntnisse und Fertigkeiten erlangen, die ihm dabei helfen werden, seiner repräsentativen Rolle als Präsident würdig nachzukommen und die administrativen Aufgaben effektiv zu bewältigen.

Über seine politischen Ansichten ist bis auf die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik im Grunde nichts bekannt. Im Zuge des Wahlkampfes und von TV-Duellen hat er sich zwar zu allem Möglichen geäußert, doch allzu oft wirkten seine Antworten auswendig gelernt oder nicht sehr konkret, um keinen der potenziellen Wähler zu beleidigen oder vor den Kopf zu stoßen. Ich behaupte nicht, dass Petr Pavel ein Marketingprodukt ist – auf seine Auslegung des Präsidentenamtes werden wir jedoch warten müssen. Seine Aussagen im Wahlkampf und die ersten Schritte nach dem Wahlsieg geben jedenfalls Anlass zur Hoffnung auf einen vernünftigen Präsidenten, der dem Amt nicht nur wieder den erforderlichen Glanz verleiht, sondern die noch dringendere politische und verfassungsrechtliche Demut.

## Petr Pavel als Garant eines vernünftigen Kurses in der tschechischen Außenpolitik

Wo es hingegen keine Zweifel gibt, ist der Bereich Außenpolitik. Die raschen Glückwünsche der Staatsoberhäupter der Nachbarländer, die sich bisweilen in einen unverhohlenen Ausdruck der Sympathie auswuchsen (die persönliche Präsenz der Präsidentin der Slowakei Zuzana Čaputová in Pavels Wahlstab nach Verkündung der Ergebnisse, was eine außerordentlich starke Symbolkraft hatte), die rasche Reaktion der Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs – all dies sind wichtige Signale, dass Pavel von der Umgebung als positiver Beitrag zur außenpolitischen Debatte in Tschechien wahrgenommen wird.

Zu Recht, da Pavel mit seiner Aktivität und seinen Ansichten eindeutig die langfristigen Prioritäten der tschechischen Außenpolitik, die sich auf eine aktive Mitgliedschaft in der NATO und eine nicht angezweifelte Mitgliedschaft in der Europäischen Union stützt, bestätigt hat. In Anbetracht seines bisherigen Wirkens könnte er jedoch noch einen Schritt weitergehen. Mit der aktuellen Regierung Tschechiens bietet sich nämlich die einmalige Gelegenheit, dass die tschechische Außenpolitik mit einer

Stimme spricht und für unsere Partner voll verständlich, vorhersehbar und zuverlässig sein wird. Es drohen weder Zemans formale oder inhaltliche Exzesse, noch Babiš' Verworrenheit und sein absoluter Mangel an echtem Interesse an internationalen Problemen, die über den Wunsch, ein Foto mit Macron zu machen und für einen reibungslosen Betrieb der Tochterunternehmen von Agrofert zu sorgen hinausgehen.

Man kann nur hoffen, dass auch die Regierung, die sich aus europafreundlichen und euroskeptischen Parteien (ODS/ECR) zusammensetzt, an den erfolgreichen Vorsitz im Rat der EU anknüpft und Tschechiens Wandel im Rahmen der EU zu einem aktiven und vernünftigen Bündnispartner, den Tschechien seit Ausbruch des Ukrainekrieges in der NATO spielt, zu einem erfolgreichen Abschluss bringt.

## Ende einer Ära

Mit dem Abgang Miloš Zeman von der Prager Burg, dem einstigen Sitz tschechischer Könige, der dem Amt des tschechischen Präsidenten einen Hauch von monarchischem Glanz verleiht, geht definitiv eine wichtige Etappe in der tschechischen Politik zu Ende. Mit Zeman scheidet der letzte große Politiker, den die Samtene Revolution im November 1989 hervorgebracht hat. Wie bereits der Wahlkampf und zwei Kandidaten gezeigt haben, die es in den zweiten Wahlgang geschafft haben, geht die Bedeutung der kommunistischen Vergangenheit in der Politik radikal zurück – ein Trend, der sich aus natürlichen Gründen mehr als drei Jahrzehnte nach dem Fall des Kommunismus fortsetzen wird.

Es hat vielmehr den Anschein, dass in der tschechischen Politik jene Akteure eine gewichtigere Rolle spielen, die keine klassische Parteikarriere hinter sich haben. Doch auch die politischen Unternehmer werden gewiss nicht von der politischen Bühne abtreten. Andrej Babiš ist es im zweiten Wahlgang gelungen, mehr Wähler zu mobilisieren als er Langzeitumfragen zufolge Sympathisanten zählt. Es wird interessant sein zu sehen, welche Richtung seine weitere politische Karriere einschlagen wird. Es besteht kein vernünftiger Grund zur Annahme, dass er der Politik den Rücken zukehren werde, ebenso wenig darf damit gerechnet werden, dass er in der Partei ANO (Renew) eine demokratische Diskussion mit jenen Mitgliedern zulässt, die nicht begeistert von dem Gedanken waren, dass Babiš Präsident wird. Vielmehr wird man wohl versuchen, SPD-Wähler für sich zu vereinnahmen, was nur mit weiteren Negativkampagnen, einer Mobilisierung gegen die Regierung und einer Radikalisierung der Rhetorik möglich sein wird. Der Gewinn von 2 400 000 Stimmen im zweiten Wahlgang hat gezeigt, dass diese Methode funktioniert. Die Parlamentswahlen, die 2025 angesetzt sind, dürften interessant werden.

Doch in der Zwischenzeit erwarten uns viele Monate, in denen alle bedeutenden politischen Institutionen von nicht populistischen Politikern besetzt sind. Wenn die tschechische Regierung, das Parlament und der neu gewählte Präsident diesen außergewöhnlichen Freiraum zur Durchführung wichtiger Reformen nutzen werden und durch Zusammenarbeit und eine vernünftige Kommunikation in Richtung Wähler die politische Kultur in Tschechien verbessern, stehen uns trotz aller aktuellen Krisen gute Zeiten bevor.

## Impressum

### Autor

**Vít Hloušek** ist an der Masaryk-Universität in Brno tätig. Seit 2012 ist er Direktor des Internationalen Instituts für Politikwissenschaft an der Masaryk-Universität. Außerdem ist er Dozent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Europäische Studien an der Fakultät für Sozialwissenschaften. Im Jahr 2015 wurde er zum Professor für Politikwissenschaft ernannt. Sein Fachgebiet ist die Zeitgeschichte und die vergleichende Politikwissenschaft (insbesondere Parteien und politische Systeme) mit Schwerpunkt auf den mittel- und westeuropäischen Ländern. Er ist Mitglied des Programmrats des Tschechisch-Polnischen Forums.

Mehr über den Autor unter [www.muni.cz/en/people/22755-vit-hlousek](http://www.muni.cz/en/people/22755-vit-hlousek).

### Konrad-Adenauer-Stiftung - Auslandsbüro Tschechische Republik

#### Ansprechpartner

**Marcel Ladka**

Projektmanager / Wissenschaftlicher Mitarbeiter

[marcel.ladka@kas.de](mailto:marcel.ladka@kas.de)

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung - Auslandsbüro Tschechische Republik

Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiék Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite © Petr Pavel